

Satzung

der

IKB Deutsche Industriebank Aktiengesellschaft

Stand: Juli 2022

„I. Allgemeine Bestimmungen

§ 1

- (1) Die Aktiengesellschaft führt die Firma:
IKB Deutsche Industriebank Aktiengesellschaft.
- (2) Sie hat ihren Sitz in Düsseldorf.

Gegenstand des Unternehmens

§ 2

- (1) Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb von Bankgeschäften aller Art mit Ausnahme der Tätigkeit als zentraler Kontrahent im Sinne des Kreditwesengesetzes sowie das Erbringen von Finanz- und sonstigen damit zusammenhängenden Dienstleistungen, insbesondere Beratungs- und Vermittlungsdienstleistungen.
- (2) Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die geeignet erscheinen, dem Gegenstand des Unternehmens zu dienen. Sie kann ihre Geschäftstätigkeit ganz oder teilweise durch Tochter-, Beteiligungs- und Gemeinschaftsunternehmen verwirklichen und zu diesem Zweck im In- und Ausland andere Unternehmen gründen, erwerben und sich an solchen beteiligen.

§ 3

- (1) Die Gesellschaft ist berechtigt, Schuldverschreibungen auszugeben. Sie müssen durch Vermögenswerte der Gesellschaft gedeckt sein.
- (2) Die Gesellschaft ist berechtigt, das Pfandbriefgeschäft gemäß den Regelungen des Pfandbriefgesetzes zu betreiben.

§ 4

Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Bundesanzeiger, soweit das Gesetz nichts anderes bestimmt.

II. Grundkapital und Aktien

§ 5

- (1) Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt EUR 100.000.000. Es ist in 100.000.000 Stückaktien (nachfolgend „Aktien“) eingeteilt.
- (2) Die Aktien lauten auf den Namen.

- (3) Jede Aktie gewährt eine Stimme. Der Anspruch des Aktionärs auf Verbriefung seines Anteils ist ausgeschlossen.
- (4) Die Gewinnbeteiligung der neuen Aktien kann abweichend von § 60 Abs. 2 Satz 3 Aktiengesetz geregelt werden.
- (5) Soweit die Gesellschaft mit Zustimmung der Hauptversammlung Genussscheine ausgegeben hat und sich aus den Genussscheinbedingungen für die Genussschein-Inhaber ein Anspruch auf Ausschüttung aus dem Bilanzgewinn ergibt, ist der Anspruch der Aktionäre auf diesen Teil des Bilanzgewinns ausgeschlossen (§ 58 Abs. 4 AktG).

III. Organe der Gesellschaft

Vorstand

§ 6

Der Vorstand besteht aus mindestens zwei Mitgliedern; die Zahl der Mitglieder bestimmt der Aufsichtsrat. Der Aufsichtsrat kann ein Mitglied zum Vorsitzenden bestellen.

§ 7

Eine Erklärung des Vorstands muss, um für die Gesellschaft verbindlich zu sein, von zwei Mitgliedern des Vorstands oder von einem Mitglied gemeinschaftlich mit einem Prokuristen abgegeben werden.

Aufsichtsrat

§ 8

- (1) Der Aufsichtsrat besteht aus neun Mitgliedern.
- (2) Die Mitglieder des Aufsichtsrats werden bis zur Beendigung der Hauptversammlung gewählt, die über die Entlastung für das zweite Geschäftsjahr nach dem Beginn der Amtszeit beschließt; das Geschäftsjahr, in dem die Amtszeit beginnt, wird nicht mitgerechnet. Jährlich mit Schluss der ordentlichen Hauptversammlung scheidet von den Mitgliedern möglichst so viele aus, als zur Bildung eines dreijährigen Turnus notwendig sind. Bis zur Bildung des Turnus entscheidet das Los oder eine Vereinbarung über das Ausscheiden. Wiederwahl ist zulässig.
- (3) Nimmt einer der Gewählten das Amt als Aufsichtsratsmitglied nicht an oder scheidet ein Mitglied außer nach dem vorigen Absatz vor dem Ablauf der Wahlzeit aus, so besteht der Aufsichtsrat bis zu der Hauptversammlung, in der die Ersatzwahlen vorgenommen werden, nur aus den verbliebenen Mitgliedern; die

Möglichkeit einer gerichtlichen Bestellung von Aufsichtsratsmitgliedern bleibt unberührt. Ersatzwahl erfolgt für den Rest der Wahlzeit des zu Ersetzenden. Die Mitglieder des Aufsichtsrats wählen aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden und einen oder mehrere Stellvertreter auf drei Jahre. Wiederwahl ist zulässig.

- (4) Der Aufsichtsrat fasst seine Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden oder die Stimme des Stellvertreters. Bei den Sitzungen kann sich ein Aufsichtsratsmitglied durch ein anderes Aufsichtsratsmitglied vertreten und durch dieses schriftlich seine Stimme abgeben lassen.

§ 9

Der Aufsichtsrat kann aus seiner Mitte Ausschüsse bilden. Den Ausschüssen können Befugnisse des Aufsichtsrats übertragen werden.

§ 10

Der Aufsichtsrat setzt seine Geschäftsordnung selbst fest.

§ 11

- (1) Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten neben dem Ersatz ihrer Auslagen, zu denen auch die auf ihre Bezüge gegebenenfalls entfallende Umsatzsteuer gehört, für jedes Geschäftsjahr eine feste Vergütung in Höhe von 40.000,- Euro.
- (2) Der Vorsitzende des Aufsichtsrats erhält das Dreifache und jeder Stellvertreter das Eineinhalbfache der Vergütung eines Aufsichtsratsmitglieds.
- (3) Die Vergütung erhöht sich außerdem für jede Mitgliedschaft in einem Aufsichtsratsausschuss jeweils um das 0,35-Fache und für jeden Vorsitz in einem Ausschuss zusätzlich jeweils um das 1,3-Fache der Vergütung eines Aufsichtsratsmitglieds.
- (4) Mitglieder des Aufsichtsrats, die nur während eines Teils des Geschäftsjahres dem Aufsichtsrat oder einem Ausschuss angehört haben, erhalten für jeden angefangenen Monat ihrer Tätigkeit eine zeitanteilige Vergütung. Die Vergütung ist zahlbar in zwölf gleichen Monatsraten nach Ablauf eines jeden Monats, letztmalig für den Monat, in dem die Bestellung zum Mitglied des Aufsichtsrats endet.
- (5) Die Regelungen dieses § 11 sind für die Zeit ab dem 1. Juli 2022 anwendbar.

§ 12

Der Aufsichtsrat kann auf Vorschlag des Vorstands zur geschäftlichen Beratung und engeren Fühlungnahme mit Kreisen der gewerblichen Wirtschaft einen Beraterkreis und einen Beirat bilden, für sie Geschäftsordnungen erlassen und die Vergütung für ihre Mitglieder festsetzen.

Hauptversammlung

§ 13

- (1) Die Hauptversammlungen der Gesellschaft finden am Gesellschaftssitz, in einer anderen deutschen Stadt mit mehr als 100.000 Einwohnern, in London (Großbritannien) oder in einer Hauptstadt in der Europäischen Union statt.
- (2) Die Hauptversammlung beschließt alljährlich über die Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrats sowie über die Verwendung des Bilanzgewinns im Rahmen der Satzung.

§ 14

- (1) Zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts sind nur diejenigen Aktionäre berechtigt, die im Aktienregister der Gesellschaft eingetragen sind und sich rechtzeitig vor der Hauptversammlung angemeldet haben. Die Anmeldung hat in Textform (§ 126b BGB) in deutscher oder englischer Sprache zu erfolgen und muss der Gesellschaft oder einer in der Einberufung bezeichneten Stelle mindestens sechs Tage vor der Hauptversammlung zu gehen; der Tag der Hauptversammlung und der Tag des Zugangs der Anmeldung sind nicht mitzurechnen.
- (2) Das Stimmrecht kann durch Bevollmächtigte ausgeübt werden. Wenn nicht ein Kreditinstitut, eine Vereinigung von Aktionären oder eine der ihnen gemäß §§ 135, 125 AktG gleich gestellten Personen oder Institutionen bevollmächtigt wird, ist die Vollmacht, ihr Widerruf und der Nachweis der Bevollmächtigung gegenüber der Gesellschaft in Textform (§ 126b BGB) zu erteilen. Die Erteilung der Vollmacht, ihr Widerruf und der Nachweis der Bevollmächtigung können auch auf einem von der Gesellschaft näher zu bestimmenden elektronischen Weg erteilt werden. Die Einzelheiten werden in der Einberufung der Hauptversammlung bekannt gemacht.

§ 15

- (1) Der Vorsitzende der Hauptversammlung wird durch den Aufsichtsrat gewählt. Wählbar sind sowohl Mitglieder des Aufsichtsrats als auch Dritte ohne Rücksicht darauf, ob sie dem Unternehmen angehören, es sei denn, sie sind von Gesetzes wegen von der Wahrnehmung des Versammlungsvorsitzes ausgeschlossen.
- (2) Wenn dies in der Einladung zur Hauptversammlung angekündigt ist, kann der Vorsitzende der Hauptversammlung die Aufzeichnung und Übertragung der Hauptversammlung auch über elektronische oder andere Medien zulassen.

- (3) Der Vorsitzende der Hauptversammlung kann das Frage- und Rederecht der Aktionäre zeitlich angemessen beschränken. Er ist insbesondere berechtigt, zu Beginn der Hauptversammlung oder während ihres Verlaufs den zeitlichen Rahmen sowohl des Versammlungsverlaufs als auch der Aussprache zu den Tagesordnungspunkten sowie des einzelnen Frage- und Redebeitrags angemessen festzusetzen. Bei der Festlegung der für den einzelnen Frage- und Redebeitrag zur Verfügung stehenden Zeit kann der Vorsitzende der Hauptversammlung zwischen erster und wiederholter Wortmeldung und nach weiteren sachgerechten Kriterien entscheiden.

§ 16

Das Geschäftsjahr der Gesellschaft ist das Kalenderjahr. Der Zeitraum vom 1. April 2020 bis zum 31. Dezember 2020 ist ein Rumpfgeschäftsjahr.

IV. Änderung der Satzung

§ 17

Die Satzung kann nur durch Beschluss der Hauptversammlung geändert werden. Der Beschluss bedarf, sofern das Gesetz nicht zwingend eine größere Mehrheit vorschreibt, einer Zweidrittelmehrheit des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals. Änderungen der Satzung, die nur die Fassung betreffen, kann auch der Aufsichtsrat beschließen.

V. Auflösung der Gesellschaft

§ 18

Die Auflösung der Gesellschaft kann nur von der Hauptversammlung auf Vorschlag des Aufsichtsrates mit einer Mehrheit von Dreivierteln des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals beschlossen werden.